

Städtische Wohnungsfürsorge.

Die Kriegswohnhäuser auf der Schmeltz.

Der Gemeinderat hat vor einiger Zeit unter den Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot nach dem Kriege für eine längere Uebergangszeit die Errichtung von Kriegswohnhäusern, mit einer Bestanddauer von dreißig Jahren, binnen sechs Monaten nach Friedensschluß genehmigt. Die Kriegswohnungen sollen nach diesem Beschluß möglichst in einstöckigen Gebäuden in Siedlungen und im Interesse der Kostenersparnis nach gleichförmigen Typen unter Verwendung Material sparerer Bauformen, errichtet werden. Die erste Siedelung ist bekanntlich auf einer nicht für die ständige Verbauung bestimmten Fläche der Schmeltz im Umfange von tausend Wohnungen geplant und hat, wie Stadtrat Siegel in der gestrigen Sitzung berichtete, das Stadtbauamt nunmehr die notwendigen Vorarbeiten beendet.

Als Baugrund ist ein Grundteil der Schmeltz im Ausmaß von rund 100.000 Quadratmeter bestimmt, welcher nach langwierigen Verhandlungen vom liquidierenden Kriegsministerium unkündbar auf die Dauer von dreißig Jahren, gegen einen jährlichen Anerkennungszins von einer Krone gepachtet werden soll. Dieses Pachtverhältnis kann über Verlangen der Gemeinde um zehn Jahre verlängert werden, wenn nach der Lage des Wohnungsmarktes und dem Zustande der Baulichkeiten die weitere Belassung dieser Siedelung im öffentlichen Interesse gelegen ist. Die Gemeinde verpflichtet sich über Verlangen des Staatsamtes für Heerwesen, spätestens aber mit Ablauf der Pachtdauer, den Grund um den Pauschalbetrag von höchstens 800.000 Kronen zu kaufen. Ueber diese Pachtbedingungen wurde aber bisher trotz mehrfacher Betreibungen ein Abschluß noch nicht erzielt. Es sei aber, wie der Referent betonte, immerhin begründete Aussicht vorhanden, endlich zum Abschluß dieses Pachtvertrages zu gelangen, umso mehr, als sich auch der Vorsitzende des Wohnungsfürsorgeausschusses Stadtrat Dr. Scheu persönlich bemüht, diese Angelegenheit einer entsprechenden Erledigung zuzuführen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen für die Durchführung war die Sicherstellung der Baustoffe. Da die für die Siedelung notwendig gewesenenen rund 14 Millionen Ziegel unter den derzeitigen Verhältnissen unmöglich beschafft werden können, wurde nach gelungenen Versuchen mit Schlackenbetonhohlsteinen, die Erzeugung dieser Steine bei verschiedenen großen Firmen in Angriff genommen. Für die Zwischenwände kommen Leichtbetonwandplatten in Betracht; von den erforderlichen 60.000 Quadratmetern sind bereits 35.000 Quadratmeter hergestellt. Die erforderlichen Fenster und Türen nebst den Beschlägen sind ebenfalls fast zur Gänze fertiggestellt. Auch für das notwendige Glas wurde bereits vorgesorgt. Da für die Dacheindeckung die erforderlichen 1.900.000 Stück Dachziegel ebenfalls nicht beschafft werden konnten, wurden hierfür 5000 Quadratmeter Wellpappe aus der Fabrik in Kirchwang erworben. Die Zufuhr der Baustoffe wird auf einem Verbindungsgeleise der Straßenbahn von der Hütteldorferstraße erfolgen. Die Baugrundlagen sind also so weit fertig, daß an die Ausschreibung des größten Teiles der Arbeiten geschritten werden kann.

Im ganzen sollen 53 Kriegswohnhäuser mit 390 Wohnungen errichtet werden. Infolge der horrenden Materialpreise und der erhöhten Lohnforderungen stellen sich die Kosten für eine Wohnung auf 80.000 Kronen und dabei war die Herstellung zu diesem Preise nur möglich, weil die Baustoffe aus früherer Zeit stammen. Die Gemeinde wird aber die Wohnungen zu den normalen Wohnungspreisen vergeben; doch würde der Jahreszins einer Wohnung, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche 3900 Kronen betragen, einer solchen aus Zimmer, zwei Kammern und Küche 5200 Kronen und einer Wohnung bestehend aus zwei Zimmern, Kammer und Küche 6500 Kronen. Die Mehrkosten werden, wie in so vielen anderen Fällen, auch in diesem Falle aus allgemeinen Mitteln getragen werden müssen. Im heurigen Jahre werden noch rund 14 Häuser benützungsfähig hergestellt werden, die übrigen Häuser könnten im ersten Halbjahr 1920 fertiggestellt sein. Natürlich wird die Herstellung der Hausgärten, zweier großer Spielplätze, der Verbindungsbauten zwischen den einzelnen Gruppen, vielleicht auch ein Teil der Straßebauten und der Alleepflanzungen noch zurückbleiben; im großen und ganzen aber wird die Siedelung bewohnbar sein.

Gegen die finanziellen Bedenken, die gegen das Projekt vorgebracht wurden, wendete sich schließlich der Budgetreferent Stadtrat Breitter, der hervorhob, daß es unbedingt notwendig sei, daß auf diesem Gebiet etwas geschehe, und überdies sei man in dieser Frage bereits so weit gegangen, daß ein Rückzug für die städtischen Finanzen zum mindesten ebenso ruinds wäre, als wenn man weiter fortschreite. Es würden gute, gesunde Wohnungen, die ein gefälliges Neuhäres zeigen, geschaffen werden und es werde dies von der Bevölkerung sicher auch als eine Leistung gewertet werden.

Bizebürgermeister Winter trat dafür ein, daß die beiden in Aussicht genommenen Spielplätze zusammengelegt werden mögen, damit für die große Zahl der Kinder, die diese Plätze benützen werden, ein in sanitärer Beziehung entsprechender Erholungsort geschaffen werde.

Frau Stadtrat Seidel gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Gemeinde verpflichtet sei, solche Kleinwohnungen zu schaffen. Deshalb seien auch alle finanziellen Bedenken aus dem Felde zu schlagen. Besonders sympatisch sei ihr der Umstand, daß bei diesem Projekt in großzügiger Weise für die Zwecke der Kinderfürsorge vorgesorgt worden sei.

Die Anträge wurden angenommen.